



Innovativ

Campus
Berlin-Buch
Der Gesundheit verpflichtet

Seiten 3-5

Gesundheit

Vivantes

Seite 7

Miethöhen

Möbel

Seite 10

Aus BVV und Ausschüssen

Bibliotheksnetz im Umbau



Die 21. Tagung der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) am 3. März gehörte weder zu den längsten noch zu den turbulentesten unserer Beratungen. Trotzdem wurden einige wichtige und interessante Punkte behandelt.

Den größten Raum nahm die Debatte zur Entwicklung der Bibliotheken ein. Bekanntlich wurde vor etwa einem Jahr der Kultur- und Bildungsentwicklungsplan, der auch die Zukunft der Bibliotheken umfasst, von BVV und Bezirksamt beschlossen.

In der vergangenen Sitzung des Fachausschusses hatte das Bezirksamt die daraus resultierenden Maßnahmen vorgestellt, die leider auch Schließungen von Bibliotheken beinhalten. Das nahm die CDU zum

Anlass, in der BVV die Seite der altbezirklichen Ressentiments anzuschlagen: Der Prenzlauer Berg sei gegenüber Pankow und Weißensee bevorteilt.

Zum wiederholten Male mussten wir feststellen, dass um des Populismus willen die CDU zunächst auf konstruktive Mitarbeit im Ausschuss verzichtet und dann in der BVV sachlich falsch argumentiert. Das Bezirksamt hat Siedlungs- und Verkehrsstrukturen im Bezirk analysiert und daran das Bibliotheksnetz ausgerichtet.

Sicher ist das Amt nicht unfehlbar und daher hat der Kultur- und Bildungsausschuss den Prozess aktiv begleitet. Von der CDU war dabei wenig zu bemerken. Durch die gewissenhafte Arbeit ist es sogar ge-

lungen, für die verbleibenden Standorte einen hohen Standard zu sichern. Das wiegt die längeren Wege für die Benutzer vielleicht ein wenig auf. Der CDU-Antrag zum Thema wurde durch einen SPD-Antrag abgeändert.

Als letzter Antrag wurde eine PDS-Drucksache zu Gen-Food behandelt. Sie wollte die Supermärkte im Bezirk auffordern, keine gentechnisch-veränderten Lebensmittel in die Regale zu stellen. Denn das ist seit dem 1. April zulässig.

Dieses Anliegen, politisch Druck gegen Gentechnik zu machen, fand jedoch bei den anderen Fraktionen keinen Widerhall. Noch nicht einmal bei Bündnis 90/Die Grünen.

Thoralf Sahn
Bezirksverordneter

Aus den Augen – aus dem Sinn?



Der Ausschuss für Gesundheit und Soziales der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) hat sich in der letzten Zeit neben dem Konzept zur „Umsetzung der gleichberechtigten Teilhabe und der Herstellung gleichwertiger Lebensbedingungen von Menschen mit Behinderung“ und mit der Zukunft der kommunalen Seniorenbegegnungsstätten beschäftigt.

Bezüglich der Behindertenkonzeption wurden Betroffene und Ausschussmitglieder auf eine harte Probe gestellt: Die Erarbeitung der Konzeption brauchte über ein Jahr. Sie wird nun ergänzt durch die vom Behindertenbeirat erarbeiteten „Leitlinien für einen barrierefreien Bezirk“. Wenn diese Empfehlung von der BVV beschlossen ist, wird die PDS die Umsetzung von Konzept und Leitlinien kritisch begleiten.

Soweit ist es bei den Seniorenbegegnungsstätten leider noch nicht. Hier fehlt der von der PDS wiederholt geforderte und von Sozialstadtrat Lehmann (SPD) zu erarbeitende Entwicklungsplan für kommunale Begegnungsstätten. Ende

März soll er nun vorliegen. In ihm sollen u.a. die Möglichkeiten für die Aufrechterhaltung kommunaler Angebote für Senioren im Bezirk aufgezeigt werden. Obwohl es einen solchen Plan nicht gibt, wurden von der Sozialverwaltung bereits Fakten geschaffen: Zwei kommunale Begegnungsstätten – in der Grellstraße und der Paul-Robeson-Straße – sollten von einem Freien Träger übernommen werden. Und das, obwohl die Mittel für die kommunale Betreuung beider Begegnungsstätten im Haushalt 2004/2005 vorgesehen sind. Von Seiten der Verwaltung wurde auf Personalnot verwiesen. Dies steht im Widerspruch zu den Beschäftigten in den Bezirksamtern, deren Arbeitsaufgabe weggefallen ist. Hätten sie nicht übergangsweise die Arbeit in den Begegnungsstätten übernehmen können? Offensichtlich fanden sich keine geeigneten Personen. Die Übertragung beider Seniorenbegegnungsstätten an einen Freien Träger erfolgte daher.

Aber wie? Viele der betroffenen SeniorInnen erfuhren dies erst kurz

vorher. Die Bezirksamtsmitarbeiter wurden sofort abgezogen, das Telefon abgestellt, weitere Dienstleistungsverträge gekündigt und der Träger sollte sofort die Miete übernehmen. Dieses Vorgehen stieß nicht nur bei den Ausschussmitgliedern der PDS auf völliges Unverständnis. Wir forderten das Bezirksamt auf, für einen geordneten Übergangsprozess zu sorgen, der die Betroffenen rechtzeitig informiert und im Vorfeld beteiligt.

In diesem Zusammenhang erfahren wir, dass es im Bezirksamt bewährte Handlungsrichtlinien für die Übertragung an Freie Träger gibt, die aber der Sozialverwaltung unbekannt sind.

Ich hoffe, dass aus dieser schlecht gelaufenen Übertragung von Begegnungsstätten aus kommunaler in freie Trägerschaft nicht auf künftige Übertragungen geschlossen werden muss. Dass nicht nach dem Motto verfahren wird: „Aus den Augen – aus dem Sinn“. Das werden wir nicht zulassen.

Axel Bielefeldt
Bezirksverordneter

extraDrei sprach mit Dr. Gudrun Erzgräber

Das Energiebündel von Buch

Frau Erzgräber, wie hat sich der Campus verändert?

Früher war hier die Akademie der Wissenschaften. 1992 wurde daraus das Max-Dellbrück-Centrum für Molekulare Medizin (MDC). Neben der Grundlagenforschung im MDC und der universitären Forschung in der Robert-Rössle-Klinik wurde ab 1992 industrielle Forschung angesiedelt. Es wurde das Gründerzentrum und der Biotech-Park aufgebaut. 1996 hat sich die BBB Management GmbH aus dem MDC ausgegründet. Sie hat Fördermittel für die Baustufen eingeworben. Das Gläserne Labor wurde gebaut und Gemeinschaftseinrichtungen modernisiert.

Welche Schwerpunkte setzen Sie auf dem Campus?

Der Campus lebt von seiner Tradition der Verzahnung von Grundlagen- und klinischer Forschung und Krankenversorgung sowie der wirtschaftlichen Anwendung der Forschungsergebnisse.

Welche Vorteile bietet der Campus für Neuansiedlungen?

Kooperation, Kommunikation und kurze Wege: Wir haben ein flexibles Flächenangebot an Laboren und Büros, eine hervorragende Bibliothek sowie ein Hochgeschwindigkeitsdatennetz. Der Campus bietet eine gute Mitarbeiterversorgung, Veranstaltungsräume und Seminare.



Welchen Stellenwert haben der Campus und die medizinischen Einrichtungen für Buch?

Der Campus hat sich gut entwickelt, aber das Bucher Umfeld wurde zunehmend zu einer Bremse. Die Gründung der Berlin-Buch Management GmbH soll dokumentieren, in Buch muss mehr passieren.

Was muss geschehen, damit Buch ein attraktiver Standort wird?

Ich finde es falsch, nur mehr Gaststätten und Einzelhandel zu fordern. Das muss sich gesund entwickeln. Da die öffentlichen Fördermittel weitgehend versiegt sind, braucht Buch private Investoren, um die leerstehenden Areale zu sanieren. Durch die Campuserwicklung und durch den Helios-Konzern ist Buch schon deutlich attraktiver für Investoren geworden.

Sie definieren also die Entwicklung Buchs ausgehend von der Entwicklung des Campus und des Gesundheitsstandorts?

Ja. Denn das ist das Pfund von Buch als ehemals Europas größter Klinikstandort und in der Tradition der Verzahnung von Grundlagen- und klinischer Forschung.

Es gibt die Idee für ein Höhentrainingszentrum.

Das Höhentrainingszentrum ist wichtig als Leistungssportzentrum, für den Rehabilitationsbereich und die Herz-Kreislauf-Forschung. Buch ist der richtige Ort dafür – wegen der gemeinsamen Möglichkeiten für Forschung und klinische Tests.

Gibt es eigentlich für die Zukunft ein Lieblingsprojekt von Ihnen? Es kann auch außerhalb des Campus liegen.

Ja, das liegt außerhalb des Campus und erfordert einen harten Kampf. Vielleicht ist es deshalb unser Lieblingsprojekt: das Life Science Center. Hier hat die Berlin-Buch Management GmbH beim Land einen Fördermittelantrag gestellt. Wir verhandeln mit dem Bezirk, unter welchen Bedingungen er sich ein solches Museum für Lebenswis-



Gudrun Erzgräber führt die Geschäfte der BBB Management GmbH Campus Berlin-Buch und der Berlin-Buch Management GmbH. Letztere Gesellschaft agiert im gesamten Ortsteil Buch. Die BBB Management GmbH entwickelt hingegen den Campus.

schaften vorstellen könnte. Viel Überzeugungsarbeit ist dafür nötig.

Was soll im Life Science Center stattfinden?

Das Life Science Center soll eine attraktive Informations- und Bildungseinrichtung sein. Eine Einrichtung, in der Wissen über den Lebenszyklus eines Menschen vermittelt wird und was ihm auf diesem Weg – von der Geburt bis zum Tod – begegnet.

Hängen Sie an Buch?

Ich hänge vorrangig am Campus, denn ich arbeite hier seit 1968. Die Erkenntnis, dass der Campus allein nicht für die Weiterentwicklung reicht, hat mich zu einem Buch-Fan gemacht.

Verzeihung, wie alt sind Sie?

Nicht weit weg vom Rentenalter.

Aber Sie machen doch weiter?

Falls ich gesund bleibe.

Alles andere hätte uns auch gewundert.

Ach, das ist ja jetzt schön, dass Sie das so sagen.

Interview: Andreas Bossmann, Sandra Brunner

extraDrei sprach mit Birgit Teschke, Regionalmanagerin

Bucher Frauenpower



Birgit Teschke ist seit 1. Mai 2002 Regionalmanagerin bei der Berlin-Buch Management GmbH.

Mit ihr zusammen arbeiten dort noch drei weitere Frauen. Sie eint vor allem ein Gedanke: Der Ortsteil und die Gesundheitsregion Buch müssen sich positiv entwickeln.

Träger des Regionalmanagements sind fünf private Gesellschafter: die BBB Management GmbH Campus Berlin-Buch, die Konsumgenossenschaft Berlin, das Helios-Klinikum Berlin und zwei Biotechnologie-Firmen. Der Bezirk ist mit der Stadträtin Almuth Nehring-Venus im Aufsichtsrat vertreten. Die Idee für das Regionalmanagement ging von der Geschäftsführung des Campus und der Wirtschaftsförderung des Bezirksamtes aus.

Birgit Teschke entwickelte in den vergangenen zwei Jahren zusammen mit ihrem Team verschiedene Strategien für ein aktives Standortmarketing. Dabei kommt es ihr vor allem darauf an, Buch mit seinen Entwicklungspotenzialen, seinen verborgenen Schätzen und Schönheiten international bekannt und für Investoren anziehend zu machen. Sie schätzt ein, dass Buch viele Probleme hat, bspw. die ungenutzten Krankenhausareale.

Im Gegensatz dazu überwiegen jedoch die Stärken. Dazu zählt sie

die Konzentration von wissenschaftlichen Forschungseinrichtungen, Biotechnologie-Firmen und deren Vernetzungen mit den vorhandenen Gesundheitseinrichtungen und Spezialkliniken.

21 Projekte unterschiedlichster Art hat das Regionalmanagement bisher verwirklicht, u.a. Workshops für Gewerbetreibende und Investorenkonferenzen, die Initiierung von Netzwerken, eine Übersichtstafel des Ortsteils auf dem S-Bahnhof Buch, Stadtteillführungen und das stets aktuelle Internetportal (siehe Marginalie). Für die Bewohner Buchs wurde eine Servicebroschüre über Aufgaben und Ziele des Regionalmanagements an alle Haushalte verschickt, monatliche Bürgersprechstunden eingerichtet und auch die Postkarten mit Bucher Motiven finden großen Anklang.

Die Akzeptanz bei der Bevölkerung ist aber besonders durch zwei Projekte gewachsen. So entwickelte sich durch die Anregung des Regionalmanagements ein kleines Netzwerk zwischen der Bucher Försterei und der Hufeland-Schule. Anschaulicher Biologieunterricht ist das Thema. Die Projektmanagerin plant für die Zukunft, dass alle siebten Klassen im Schuljahr einen halben Tag Biologie-Unterricht in der Waldschule erleben und den Nachmittag im „Gläsernen Labor“ auf dem Campusgelände verbringen. „Biologie zum Anfassen und Biologie unter dem Mikroskop“, sagt Birgit Teschke.

Besonders stolz ist sie darauf, dass eine Gruppe der Berliner Philharmoniker im vergangenen Jahr im Rahmen einer Projektwerkstatt mit den „Vier Jahreszeiten“ von Vivaldi auf dem Campus vor Hunderten Zuschauern auftraten. Viele Bucher lernten dadurch das Gelände erstmals kennen.

Für die nächsten anderthalb Jahre, solange ist die Finanzierung gesichert, hat sich das Regionalmanagement vorgenommen, die vorhandenen Netzwerke zu pflegen (die Berliner Philharmoniker musizieren im April und Mai wieder in Buch), den Standort international zu vermarkten und spezielle Workshops für Gewerbetreibende durchzuführen. Des Weiteren wird an einer umfangreichen Marketingbroschüre für Buch gearbeitet.

Birgit Teschke schätzt ein, dass das Regionalmanagement in Buch inzwischen akzeptiert ist und besonders die Gewerbetreibenden an den Themen und Workshops interessiert sind. „Buch hat dadurch einen Schub von innen bekommen.“ Der Schub von außen ist ebenfalls erkennbar. Das Regionalmanagement war nach Aussage des Projektleiters der Konsum-Projektgesellschaft, Peter Scholz, wesentlich an der Entwicklung des Bucher Zentrums beteiligt. Und auch bei der Ansiedlung des zukünftigen Höhentrainingszentrums auf dem Gelände des Waldhauses hat das Team um Birgit Teschke wichtige Koordinierungsaufgaben wahrgenommen.

Andreas Bossmann

www.berlin-buch-gesundheitsregion.de

Buch kompakt

In den vergangenen Jahren siedelten sich rund 40 Firmen auf dem Campus an, es entstanden Neubauten. Mehr als 5.000 Menschen arbeiten in den Krankenhäusern und Forschungseinrichtungen in Buch. Zahlreiche neue Projekte mit einem Investitionsvolumen von etwa 450 Mio. Euro sollen in den nächsten fünf Jahren dazu kommen. Geplant

sind: ein Neubau für die Helios-Kliniken, ein Gesundheitsbad für traditionelle chinesische Medizin („Aqua-Sino“), ein Höhentrainingszentrum für Sportler („Loxydrom“), ein Museum der Lebenswissenschaften („Life Science Center“) und die Erweiterung des Bildungszentrums für Berufe im Gesundheitswesen.



extraDrei sprach mit Peter Scholz, Konsum-Projektgesellschaft Buch

Der Motor im Zentrum

Herr Scholz, im November 2003 wurde der erste Bauabschnitt des BucherZentrum übergeben. Haben sich dort vorwiegend alte oder neue Mieter angesiedelt?

Sowohl als auch. Wir haben einige Mieter aus den Abrissgebäuden in den ersten Bauabschnitt übernommen, zum Beispiel einen Drogeriemarkt, ein Fotofachgeschäft, die Post und das Briefverteilzentrum. Neu hinzu kamen ein Bäcker, der auch sonntags geöffnet hat, eine Modeboutique, Physiotherapie sowie ein Friseur und am 1. August bezieht die Bibliothek ihre neuen Räume.

Hat der erste Bauabschnitt Ihre Erwartungen erfüllt?

Wir sind sehr zufrieden mit der Kundenfrequenz. Auch die Geschäftsleute klagen nicht.

Werden die nächsten Bauabschnitte realisiert?

Für den zweiten Bauabschnitt gibt es eine Vorplanung und für das gesamte Zentrumsareal haben wir mit dem Bezirksamt Pankow eine generelle Übereinkunft erreicht, was die Flächennutzung angeht. Aufgrund der Insolvenz der Konsumgenossenschaft sehen wir uns nicht in der Lage, den zweiten Bauabschnitt selbst zu realisieren. Wir werden den ersten Bauabschnitt, unsere Grundstücke, die Vorplanung und

die Mieterliste an einen Investor weiterverkaufen. Bis zum Frühjahr 2006 soll dann der zweite Bauabschnitt errichtet werden.

Die Entwicklung wird also auch ohne die Konsumgenossenschaft weiter voranschreiten?

Davon kann man ausgehen, weil der erste Bauabschnitt nur dann richtig funktioniert, wenn es auch einen zweiten gibt. Das ist auch die Auffassung der uns finanzierenden Bank.

Wird die vielbefahrene Wiltbergstraße umgebaut?

Die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung wollte die Kreuzung Walter-Friedrich-Straße/Wiltbergstraße durch uns umbauen lassen. Das hätte ca. eine Million Euro gekostet. Ein aktuelles Verkehrsgutachten besagt aber, dass sich bis 2015 die Verkehrsbelastung nicht erhöht und deswegen nur die Ampelschaltung an der Kreuzung verändert werden muss.

Wie sieht Ihre eigene Bilanz aus?

Bis 2004 sollte ursprünglich das ganze Zentrum fertiggestellt werden. Das ist nicht gelungen. Die Ursachen dafür liegen sowohl beim Konsum als auch beim Senat, der die gesamte Planung verändern wollte. Das hat uns ein Jahr Zeit gekostet. Jetzt wird aber in Absprache mit dem Bezirk wieder die ur-

sprüngliche Planung verwirklicht. Und schließlich haben sich die Schwierigkeiten der Konsumgenossenschaft negativ auf die Realisierung des zweiten Bauabschnittes ausgewirkt.

Werden Sie Buch erhalten bleiben?

Ja. Mit dem Regionalmanagement habe ich vereinbart, dass ich auch nach meinem Ausscheiden beim Konsum im Mai diesen Jahres weiter mitarbeiten werde. Im Juni habe ich zwar das Rentenalter erreicht, aber bei der Suche nach Investoren für Buch werde ich weiter aktiv bleiben.

Interview: *Andreas Bossmann*



Gauß-Schule: Konzept gesucht

In den vergangenen Monaten wurde intensiv über die Zukunft der Oberschulen im Bezirk diskutiert. Einer der diskutierten Punkte ist die Perspektive des Gauß-Gymnasiums in Buch. Für alle Beteiligten ist klar, dass für den Wissenschafts- und Forschungsstandort sowie Wohnort Buch ein Gymnasium unverzichtbar ist. Schule kann aber nicht ohne Schüler stattfinden. Wenn man sich nur nach dem Gesetz richtete, wäre das Gauß-Gymnasium wegen geringer Schülerzahlen aus dem Netz zu nehmen.

Nach langen Debatten im Bezirksschulbeirat und in anderen Gremien findet sich nun im Entwurf der Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes folgende Formulierung: „Für den langfristigen Erhalt der Gauß-Oberschule ... ist ein tragfähiges Schulprogramm auszuarbeiten.“ Das heißt, die Schule bleibt erhalten, aber ohne weitere konzeptionelle Arbeit wird man sie wohl nicht sichern können.

Wie kann also das Gauß-Gymnasium attraktiv für Schüler außerhalb seines Einzugsbereiches werden? In

diesem Zusammenhang werden von einigen Beteiligten Gedanken über die Ausrichtung als Spezialschule geäußert. Eine Spezialisierung in Zusammenarbeit mit den in Buch ansässigen Einrichtungen im Wissenschafts- und Gesundheitsbereich erscheint sinnvoll. Allerdings muss eine solche Entscheidung von der Schule selbst vorbereitet und vor allem mit Leben erfüllt werden. Von der Politik kommt das klare Bekenntnis zum Gymnasium in Buch.

Thoralf Sahn
Bezirksverordneter

Gesundheitsreform

Diese Gesundheitspolitik ist krank!



Im März 2003 stellte Bundeskanzler Schröder (SPD) im Rahmen der Agenda 2010 die Eckpunkte einer Gesundheitsreform vor. „Einschneidende Kurskorrekturen“ wurden angekündigt und auch umgesetzt.

Dabei setzt der zwischen SPD, Grünen und CDU/CSU beschlossene Kompromiss die schmerzhaftesten Einschnitte im Gesundheitsbereich seit Bestehen der Bundesrepublik durch. Die PDS hatte im Bundesrat dagegen gestimmt. Die Krankenkassen werden um ca. zehn Mrd. Euro entlastet. Davon werden allein den Versicherten mehr als 8,5 Mrd. aufgeladen. Diese zusätzliche Belastung wird von den Erfindern der neuen Gesundheitsgesetze geleugnet. Schließlich würden die Maßnahmen doch bewirken, dass die Krankenkassenbeiträge gesenkt werden und das käme ja wieder den Versicherten zugute. Die Krankenkassen sehen das allerdings anders. Niedrigere Beiträge sind nicht zu erwarten.

Höchstgrenze von zwei Prozent des jährlichen Bruttoeinkommens für Geringverdiener und ein Prozent für Chronisch Kranke.

Verordnete, aber nicht verschreibungspflichtige Medikamente haben die Kranken künftig allein zu bezahlen. Gänzlich gestrichen wurden Sterbe- und Entbindungsgeld sowie die Kosten für Sterilisationen aus nicht medizinischen Gründen. Auch seine Brille hat jeder selbst zu bezahlen, ausgenommen sind lediglich Jugendliche und schwer Sehbehinderte. Ab 2005 fällt auch der Zahnersatz aus dem Leistungskatalog der Kassen heraus. Alle Versicherten müssen dann eine private Krankenversicherung abschließen. Ab 2006 sollen die Versicherten selbst für das Krankengeld aufkommen. Dafür wird ihnen ein Sonderbeitrag von 0,5 Prozent abverlangt.

Wer trägt die Hauptlasten?

Dieses „Gesundheitsmodernisierungsgesetz“ belastet einseitig die Versicherten und Kranken. Das System der paritätischen Finanzierung wird weiter ausgehöhlt. Die Unternehmen werden von der anteiligen Finanzierung der Leistungen – z.B. beim Krankengeld – entbunden. Der solidarische Ausgleich zwischen höheren und niedrigeren Einkommen wird ausgesetzt. Die höhere Eigenbeteiligung – wie die zehn Euro Eintrittsgeld beim Arzt – drückt eine Verkäuferin schmerzhafter als eine Abgeordnete. Am schwersten jedoch trifft es Kranke, denn sie haben die höchste Selbstbeteiligung zu tragen.

Hauptziel der Gesundheitsreform ist eben nicht die Gesunderhaltung der Menschen, sondern die finanzielle Entlastung der Unternehmen. Das haben weder SPD und Grüne, noch CDU/CSU bestritten. Angeblich bedrohen zu hohe Lohnnebenkosten die internationale Konkurrenzfähigkeit und verhindern die Schaffung von Arbeitsplätzen. Diese Behauptung rechnet mit der Unkenntnis der Bürger. Im internationalen Vergleich gehören die Lohn-

stückkosten in der Bundesrepublik zu den niedrigsten in der EU. Auch die Belastung der Unternehmen durch Sozialabgaben liegt unter dem internationalen Durchschnitt. Auch hat die steuerliche Entlastung der Unternehmen im Zuge der Steuerreform in den letzten Jahren nicht einen einzigen neuen Arbeitsplatz gebracht, wie die Arbeitslosenstatistik jeden Monat neu beweist.

Wo ist die Kostenexplosion?

Das Gerede von der Kostenexplosion im Gesundheitsbereich lässt sich nicht belegen. Die Kosten sind, gemessen an ihrem Anteil am Bruttoinlandsprodukt, seit den siebziger Jahren relativ konstant. Aber die Krankenversicherung leidet, wie die Pflege- und Rentenversicherung auch, an beständig sinkenden Einnahmen.

Massenarbeitslosigkeit und geringe Lohnsteigerungen sind die Ursachen dafür. Eine wirksame Gesundheitsreform braucht eine andere Politik! Sie muss vor allem höhere Einnahmen anstreben, damit die Beitragsbelastungen gerechter und auf mehr Schultern verteilt werden können. Deswegen treten wir demokratischen Sozialisten für Sozialversicherungssysteme ein, in die alle einzahlen: Arbeitgeber, Abgeordnete und Gutverdienende genauso wie Selbstständige und Abhängig Beschäftigte. Das ist solidarisch und stellt sicher, dass alle diejenigen gesundheitlichen Maßnahmen bekommen, die sie auch brauchen.

Elke Breitenbach

Mitglied des Abgeordnetenhauses



Was kostet Gesundheit?

Ab 2004 müssen die Versicherten pro Quartal beim Arzt ein „Eintrittsgeld“ von zehn Euro entrichten. Dies entfällt nur, wenn die Behandlung aufgrund einer Überweisung erfolgt. Auch im Krankenhaus hat der Patient pro Tag zehn Euro zu zahlen. Dies gilt für 28 Tage im Jahr. Medikamente sind teurer geworden. Ab diesem Jahr zahlt der Patient zwischen fünf und zehn Euro. Bisher waren chronisch Kranke und Geringverdiener von dieser Zuzahlung befreit. Jetzt werden ihnen ebenfalls diese zehn Prozent der Kosten für Medikamente und Heilmittel übergeholfen. Dabei gilt eine

Experten rechnen langfristig mit einer Mehrbelastung der Versicherten von über 14 Milliarden Euro:

3,5 Mrd. Euro	Zahnersatz
5,0 Mrd. Euro	Krankengeld
3,3 Mrd. Euro	Zuzahlungen
2,5 Mrd. Euro	Mehrbelastung durch Leistungsausgrenzungen

Besuch bei Vivantes

Geburtsfehler korrigieren

Die Berliner Krankenhauslandschaft gehört zu den am weitesten entwickelten in unserem Land. Die Region Berlin-Buch behauptet in diesem Zusammenhang seit langem eine Spitzenposition bei der gesundheitlichen Rundumversorgung. Mit über tausend Betten befindet sich hier einer der größten Krankenhausstandorte Deutschlands. Auf dem Campusgelände gibt es durch die enge Verbindung von Kliniken, Grundlagenforschung und Unternehmen ideale Bedingungen für eine hochrangige klinisch orientierte Forschung und Krankenversorgung. Diese Potentiale wollen wir durch ressortübergreifendes Engagement ausbauen und damit den Gesundheits- und Forschungsstandort Berlin weiter stärken.

In Berlin gibt es Krankenhäuser in unterschiedlicher Trägerschaft. Mit dem landeseigenen Unternehmen Vivantes ist der Senat für ein Drittel der Krankenhausbetten verantwortlich. Vivantes fiel in den letzten Monaten durch Negativschlagzeilen auf. Das ist leider eine nur einseitige Betrachtungsweise. Denn dieses Unternehmen als ein Zusammenschluss von zehn meist hoch verschuldeten städtischen Krankenhäusern hat in den letzten Jahren durchaus erfolgreich gearbeitet. Von den Beschäftigten wurde sehr viel geleistet. Gleichwohl gab es bei der Gründung von Vi-

vantes als GmbH im Jahr 2000 entscheidende „Geburtsfehler“. Den Schuldenberg hat das Unternehmen mitbekommen, eine ausreichende Ausstattung mit Eigenkapital dagegen nicht. Gleichzeitig wurde das Personal übernommen und eine Beschäftigungssicherung bis 2006 verabredet. Dennoch hat es Vivantes unter den schwierigen Bedingungen geschafft, Betten abzubauen, Liegezeiten zu verkürzen und Personalausgaben zu senken.

Alles das hat bisher noch nicht für die Sanierung des Krankenhausunternehmens gereicht. Bei meinem Besuch aller Vivantes-Standorte und in vielen Gesprächsrunden mit Ärzten und Betriebsräten habe ich viel über die aktuellen Sorgen der Mitarbeiter erfahren. Ich konnte mich davon überzeugen, dass die Entwicklungschancen des Unternehmens bei der Mehrheit der Beschäftigten durchaus positiv gesehen werden. Es wird erwartet, dass diese Leistungsfähigkeit des Unternehmens auch vom Senat anerkannt und unterstützt wird.

Der Aufsichtsrat, in dem der Finanzsenator und ich als Vertreter des Landes sitzen, hat deshalb die Geschäftsführung aufgefordert, ein Konzept zu erarbeiten, das die Krankenhausversorgung durch das Unternehmen nachhaltig sichert. Dabei gehe ich davon aus, dass bei Erhalt der Standorte strukturelle



Veränderungen notwendig sind, die weitere Einsparpotentiale erschließen. Darüber hinaus müssen die Beschäftigten dafür gewonnen werden, ihrerseits zur Absenkung der sehr hohen Personalkosten beizutragen. Dafür muss ihnen allerdings auch der Arbeitsplatz garantiert werden. Ich werde mich für eine Zukunft von Vivantes und seinen Beschäftigten einsetzen und gehe davon aus, dass auch der Senat bereit ist, auf der Grundlage eines von Vivantes vorgelegten Konzeptes die Fehler aus der Anfangszeit beheben zu helfen.

Heidi Knake-Werner
Senatorin für Gesundheit,
Soziales und Verbraucherschutz

Poliklinik-Neubau geplant

Es gibt Pläne, die Poliklinik „Dr. Karl Kollwitz“ in der Prenzlauer Allee/Grellstraße abzureißen und durch einen Neubau zu ersetzen. Um dazu eine Entscheidung sachkundig mittragen zu können, bat die PDS-Fraktion die in der Poliklinik niedergelassenen Ärzte um ihre Meinung zu diesen Plänen. Dabei ging es um Fragen der Notwendigkeit, des Bedarfs, der zwischenzeitlichen Patientenversorgung und die Perspektiven der ansässigen

Praxen. Das Ergebnis: Alle rückantwortenden Praxen wollen im Neubau weitermachen.

Die Zustimmung der Ärzte fußt auf einer logischen Planung. Der Bauablauf gliedert sich in drei Abschnitte. Zuerst soll das neue Ärztehaus als fünfgeschossiger Bau errichtet werden. Dann folgt der Abriss der alten Poliklinik.

Das Bauvorhaben schließt mit der Errichtung eines Verbrauchermarktes im Inneren des Grundstückes

und dem Bau eines Parkhauses nebst einiger Wohnungen ab. Mit dem Betreiber des zukünftigen Gesundheitszentrums, dem Geschäftsführer des paritätischen Gesundheitszentrums, wurde vereinbart, dass er auf weiteren PDS-Fraktions-sitzungen detaillierter über die Planungen informiert. Wir werden das Genehmigungsverfahren und den Bauablauf weiter aufmerksam begleiten.

Karla Krausnickel



Wissen schafft Stadt

Tatort Fachhochschule



Foto: Carlos Katins

Die hochschulpolitische Konferenz der Berliner PDS „Wissen schafft Stadt“ in der Technischen Fachhochschule in Wedding zog weniger Interessierte an, als es die Brisanz wissenschaftspolitischer Fragen für linke Politik in der Pleistadt Berlin – gerade nach den Studierendenprotesten – hätte er-

warten lassen. Das ist deswegen eine wenig berauschende Botschaft, weil am 4. April eine Tagung des Landesparteitags hochschulpolitische Leitlinien berät.

Mensch war unter sich: Studierende, AkteurInnen linker Wissenschaftspraxis, die PDS-Arbeitsgemeinschaft Wissenschaftspolitik, PDS-Landesvorstand und einige PDS-Mitglieder aus den Bezirken diskutierten mit Gästen neuralgische Punkte der Zweckbestimmung von Hochschulen, ihrer Finanzierung und inneren Verfassung sowie der Hochschulgesetzgebung und -struktur. Dabei kam es zu anregendem Austausch, dessen Inhalte auch in den Antrag eingeflossen sind, den die Arbeitsgemeinschaft Wissenschaftspolitik, der Landesvorstand und Wissenschaftssenator Thomas Flierl jetzt gemeinsam dem PDS-Landesparteitag vorgelegt haben.

Streit gab es, um die Einführung von Studienkonten. Während Flierl mit seinem Studienkontenmodell auf der Berechtigung politischer Ressourcensteuerung beharrte und sein Modell als Barriere gegen Gebühren bezeichnete, warfen ihm viele seiner Kritiker vor, ein neoliberales Instrument und einen Türöffner für Studiengebühren zu fa-

vorisieren. Die Debatte offenbarte Defizite und mangelndes Differenzierungsvermögen zumindest insofern, als die Verständigung über die Eignung des konkreten Modellvorschlags, die Analyse der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse und Abwägung politischer Folgen eher in den Hintergrund traten.

Motivverdächtigungen und allgemeine Stellungnahmen zum Gesellschaftszustand dominierten. Allerdings hat auch die Vermittlungsarbeit des Senators nicht immer Versachlichung befördert.

Die Berliner PDS muss den dringend nötigen Austausch bis zum Parteitag nachholen. Dort steht die Frage, ob – überhaupt und gegebenenfalls unter welchen Bedingungen – Studienkonten ein Mittel zur Abwehr von Studiengebühren sein können, praktikabel sind und gewünschte Effekte in der Qualität und Quantität von Lehrangeboten hervorrufen. Über die möglichen politischen Folgen seiner Entscheidungen muss der Parteitag streiten. Dass zehn Millionen Euro im Haushalt als geplante Einnahme eingestellt sind, darf nicht die Entscheidung bestimmen.

Klaus Lederer

Mitglied des Abgeordnetenhauses

Masterplan Buch beschlossen

Der Senat hat im Februar den von Stadtentwicklungssenator Peter Strieder (SPD) vorgelegten Masterplan Berlin-Buch und weitere Schritte zur wirtschaftlichen Entwicklung des Gesundheits- und Wissenschaftsstandortes Buch beschlossen.

Der Senat unterstützt die Entwicklung Buchs als Kompetenzzentrum für Ge-

sundheit und Biotechnologie. Der Masterplan Berlin-Buch zeigt ein Leitbild für die zukünftige Entwicklung des Ortsteils auf. Übergeordnete Ziele sind dabei die Stärkung und Fortentwicklung des Standortes. Die denkmalgeschützten Klinikbauten mit umfangreichen nachnutzbaren Gebäude- und Freiflächen sollen aber erhalten bleiben. Mit dem Masterplan geht die Planungsphase für Buch zu Ende.

Angesichts der notwendigen verstärkten Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung hat der Senat beschlossen, dass die Senatsverwaltung für Wirtschaft, Arbeit und

Frauen die Federführung für die weitere Entwicklung in Buch übernimmt. Durch die Zusammenarbeit zwischen den Senatsverwaltungen, dem Bezirksamt Pankow, dem Liegenschaftsfonds Berlin GmbH und den Bucher Akteuren haben sich in den letzten Jahren bereits viele Investitionsvorhaben in Buch ergeben. Gemeinsam mit dem Regionalmanagement Berlin-Buch müssen die notwendigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, Marketingstrategien und Kontakte zu Wirtschaftsförderinstituten für die Ansiedlung weiterer Unternehmen geschaffen werden.



Zukunft der Bezirke

Für starke Bezirke

Im letzten Jahr löste der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit (SPD) mit seiner Frage, ob sich Berlin seine Bezirke noch leisten könne, viel Unmut bei den Bezirkspolitikern aus. Daraufhin schlossen sich die Bezirksbürgermeister parteiübergreifend zu einem Forum zusammen, um öffentlich über die Zukunft der Bezirke zu diskutieren. Seither findet monatlich jeweils in einem anderen Bezirk eine Veranstaltung statt.

Auch Bürgermeister Burkhard Kleinert (PDS) unterstützt dieses Forum. Er findet, dass sich die zweistufige Verwaltung bewährt hat. Mit ca. 3,5 Mio. Einwohnern könne Berlin nicht zentral verwaltet werden, es sei denn zu Lasten der Bürgerfreundlichkeit und Effektivität.

Unlängst fand auf Drängen der Bezirksbürgermeister eine Klausur mit dem Senat statt. Die Forderungen der Bezirksbürgermeister umfassten u.a. die Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung und der

Rechte des Rates der Bürgermeister sowie die Schaffung einer Schiedsstelle, die Konflikte zwischen Bezirken und Senat schlichten soll. Die PDS-Senatoren reagierten darauf positiv. Moderate Töne waren auch von Wowereit und dem Innenminister zu hören. Andere Behördenchefs signalisierten hingegen wenig Entgegenkommen.

So will bspw. die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung die Zuständigkeiten der Bezirke bei der Erteilung von Baugenehmigungen beschneiden. Kleinert findet dies wenig spaßig: „Das ist eine einzige Arbeitsbeschaffungsmaßnahme für die Hauptverwaltung.“

Trotz aller Konflikte hat sich unter Rot-Rot einiges für die Bezirke verbessert, u.a. die Wahrnehmung bezirklicher Probleme im Senat und Abgeordnetenhaus. Die Kommunikation zwischen PDS-Politikern ist gut entwickelt. So diskutieren Bezirks- und Landespolitiker auf einem monatlich tagenden Strategie-

forum gemeinsam. Zuweilen versucht Burkhard Kleinert eine Draufsicht auf die politischen Zustände: „Vieles läuft im Verhältnis von Senat und Bezirken sehr reflexartig ab. Immer wieder höre ich: Die da oben im Senat urteilen arrogant und die da unten im Bezirk haben nicht den richtigen Durchblick.“ Diese Vorurteile lähmen eine sinnvolle Zusammenarbeit. Kleinert wünscht sich deshalb von allen Beteiligten eine größere Kommunikationsbereitschaft und Verstehen.

Andreas Bossmann



PDS für Bürgerkommune

Umfassende Vorstellungen über die Zukunft der Berliner Bezirke wurden in der PDS mit dem Leitbild „Der Bezirk als Bürgerkommune“ entwickelt. Der PDS-Abgeordnetenhausfraktion kommt die Aufgabe zu, auf der Landesebene Bedingungen für die Umsetzung dieses Leitbildes zu schaffen. Hier zwei Beispiele:

Erstens: Seit gut zwei Jahren führen wir Verhandlungen mit der SPD über ein Gesetzespaket, das u.a. die Einführung von bezirklichen Bürgerentscheiden, die Erweiterung von Mitwirkungs- und Beteiligungsrechten von Einwohnern, die Absenkung des Wahlalters zu den Wahlen der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) auf 16 Jahre, die Stärkung der Informationsrechte für Einzelverordnete sowie ein Mehr an Kompetenzen für die BVV zum Inhalt hat. In die Verhandlungen

sind bereits Vorschläge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und von Mehr Demokratie e.V. sowie aus den PDS-Fraktionen in den BVV bzw. Vorschläge unserer Bürgermeister und Stadträte eingeflossen. Das Gesetzespaket wird nun im März den anderen Fraktionen übergeben. Problem ist, dass für die Einführung von bezirklichen Bürgerentscheiden eine Verfassungsänderung in Berlin notwendig ist, d.h. wir brauchen eine Zweidrittelmehrheit.

Zweitens: Wir haben das Thema „Bürgerhaushalt“ zu einem fraktionsübergreifenden Thema gemacht. Er soll die Beteiligung der Einwohner an einer Prioritätendiskussion im Rahmen der Aufstellung des Bezirkshaushaltes und bei der Kontrolle der Umsetzung umfassen und wird ein zentrales Projekt sein. Die Einführung von bezirklichen

Bürgerhaushalten ist deshalb so wichtig, weil damit ein anderer Politikansatz – eine radikale Demokratisierung von Entscheidungsprozessen – verbunden ist. Es geht vor allem um die Nutzung und Schaffung von demokratischen Strukturen, die den Bürgern auf jeder Ebene eine aktive Beteiligung an und direkte Einflussnahme auf Stadt- bzw. Bezirkspolitik ermöglichen. Das schließt auch die Gewährung von entsprechenden Mitwirkungs- und Entscheidungsrechten ein. Mit Strukturen sind sowohl administrative als auch politische gemeint. Die konsequente Umsetzung dessen könnte in naher Zukunft zur Erweiterung von politischen, d.h. auch finanziellen Gestaltungsspielräumen für die Bezirke führen.

Petra Brangsch

Mitarbeiterin der PDS-Fraktion
im Abgeordnetenhaus

Mietobergrenzen am Ende

Soziale Stadterneuerung adé?

extraDrei sprach mit Ullrich Lautenschläger, dem Geschäftsführer der Mieterberatung Prenzlauer Berg:



Im Januar beschloss das Oberverwaltungsgericht, dass Mietobergrenzen in Sanierungsgebieten unzulässig sind. Ist das das Ende der sozialen Stadterneuerung?

Das Mittel, mit dem wir über Jahre erfolgreich gearbeitet haben, die Kappung der Modernisierungsumlage durch Mietobergrenzen, ist durch das Urteil den Bezirken aus der Hand geschlagen worden. Damit fehlt ein wesentliches Steuerungselement der sozialen Stadterneuerung.

Wie hat das Gericht dieses Urteil begründet?

Das Gericht geht davon aus, dass die Modernisierungsumlage durch das Eigentumsrecht geschützt ist, auch in Sanierungsgebieten. Eine staatlich festgelegte Kappung der Umlage würde dagegen verstoßen.

Welche konkreten Auswirkungen hat das Urteil auf die Sanierungsgebiete?

Wir müssen davon ausgehen, dass bei voller Umlage der Modernisierungskosten viele Mieter diese Mieten nicht mehr bezahlen können. Noch ist der Umfang, wie viele es sein werden, nicht absehbar. Es wird erheblich mehr privatrechtliche Auseinandersetzungen zwischen Mietern und Vermietern geben, da die Mieter die Modernisierungsmaßnahmen dulden müssen. Bei umfangreichen Modernisierungen, die über einen ortsüblichen Standard hinausgehen, kann der Bezirk jedoch nach wie vor regulierend eingreifen.

Sind die bestehenden Modernisierungsvereinbarungen inklusive Mietobergrenzen jetzt nichtig?

Nach unserer Auffassung haben diese Modernisierungsvereinbarun-

gen weiterhin Bestand. Eine nachträgliche Umlage ist nicht möglich.

Ist der Mieterschutz nun völlig ausgehebelt?

Nicht ganz. Der Bezirk kann Einzelvereinbarungen für jede Mietpartei vom Vermieter verlangen, diese dürfen sich aber nur auf den Umfang und den Ablauf der baulichen Maßnahmen beziehen, nicht auf die Miethöhe.

Der Bezirk hat seit 2003 „Schwellenwerte“ eingeführt. Ist das ein rechtmäßiger Weg?

Da bin ich skeptisch, weil sie wie die Mietobergrenzen die Miethöhen regulieren.

Ist Pankow doch nicht die letzte Hoffnung für die soziale Stadterneuerung?

[Lacht.] Die Hoffnung sollte man nie aufgeben. Alle im Bezirk werden daran arbeiten, dass die sozialen Ziele in Zukunft durchgesetzt werden. Die Steuerung und Begrenzung von Baumaßnahmen als Instrument des Verdrängungsschutzes bleibt weiterhin bestehen. Durch städtebauliche Verträge kann der Bezirk die Auswirkung der Sanierung auf den Mieter mildern.

Interview: *Andreas Bossmann*

Im Namen des Volkes?



Im Namen des Volkes urteilte das Oberverwaltungsgericht, dass „die Bezirke nicht ermächtigt sind, zur Vermeidung von Verdrängungseffekten pauschale Mietobergrenzen in Sanierungsgebieten festzulegen“. Die Auflagen mit pauschalen Mietobergrenzen sind damit rechtswidrig und verletzen die Grundrechte der Hauseigentümer. Diese bestehen darin, ob der Vermieter nach erfolgter Modernisierung „von der zivilrechtlichen Mieterhöhungsmöglichkeit in vollem Umfang Gebrauch machen will oder nicht“.

Seit fast zehn Jahren wurde mit den Mietobergrenzen in unserem Bezirk für die Mieter in Wohnge-

viel erreicht. Das Urteil trifft nun die angestammten, vor allem einkommensschwächeren Mieter der Altbaugebiete. Die PDS-Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung hat sich verständigt: Bereits im Ergebnis des erstinstanzlichen Urteils wurde ein Verfahren beschlossen, dass nicht mehr nach dem Gießkannenprinzip pauschale Mietobergrenzen festlegt. Mit jedem Vermieter werden Miet-Schwellenwerte vereinbart, die nach Modernisierung für 50 Prozent der Wohnungen und für drei Jahre einzuhalten sind. In einem Sozialplan werden diese Schwellenwerte und weitere Maßnahmen, die sich aus den Lebensumständen von Be-

standsmietern und Härtefällen ableiten, festgehalten. Dafür kann der Vermieter über die andere Hälfte der Wohnungen ohne sanierungsrechtliche Einschränkungen verfügen.

Für dieses Entgegenkommen gewährleistet der Bezirk auch für frei finanzierte Modernisierung die rechtzeitige Umsetzung von Mietern, schafft Baufreiheit und übernimmt die Umsetzungskosten. Der Investor zieht sein Vorteil aus einem beschleunigten Genehmigungsverfahren und der Problemlösung seitens der Mieter durch den Bezirk. Damit ist ein Kompromiss gefunden, der beiden Seiten nutzt.

Thomas Goetzke
Bezirksverordneter

In Kürze

Alltag im Bezirk

■ Jahn-Sportpark

Zu den Problemen hinsichtlich der Nutzung des kleinen Stadions an der Cantianstraße durch Freizeitsportler, insbesondere Jogger, haben sich Anfang März Vertreter der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport, die Stadionverwaltung und die Pankower Bezirksstadträtin für Jugend, Schule und Sport, Christine Keil (PDS), vor Ort verständigt. Die Beteiligten waren sich einig, dass neben der vorrangigen Nutzung durch den Schul- und Vereinssport auch die Interessen von Freizeitsportlern noch mehr Berücksichtigung finden sollten. Ein erster Schritt ist ein Gesprächsangebot für Anfang April an die Betroffenen, gemeinsam mit den Stadionverantwortlichen, Vertretern des Bezirkes, der Sport AG Nord-Ost sowie der Senatsverwaltung, nach Lösungen für eine Erweiterung der Nutzungsmöglichkeiten für Freizeitläufer zu suchen.

■ Girls' Day

Schülerinnen der Klassen fünf bis zehn sowie Betriebe und Forschungseinrichtungen sind aufgerufen, sich am diesjährigen „Girls' Day“ am 22. April zu beteiligen. Bundesweit werden an diesem Tag Unternehmen, Hochschulen, Bildungsstätten und Forschungszentren ihre Türen für Schülerinnen öffnen, um ihnen einen Einblick in Berufsfelder zu bieten, die Mädchen in ihrer Berufswahl eher selten in Betracht ziehen. Dabei liegt

der Fokus vor allem auf naturwissenschaftlichen und informationstechnologischen, technischen und techniknahen Berufsbildern. Auch können die Mädchen erfahren, wie der Arbeitsalltag von Unternehmerinnen, Politikerinnen und Frauen in Führungspositionen aussieht. In Berlin organisiert und koordiniert der Bildungsträger Life e.V., die Kontakte zu den Betrieben und Schulen.

■ Umweltpreis ausgelobt

Einen Umweltpreis unter dem Motto „Es ist hier viel zu laut oder: leise gurgelt die Panke...“ zum Thema Lärminderung und Lärmvermeidung im Bezirk haben Bezirksverordnetenversammlung und das Bezirksamt Pankow für 2004 ausgelobt. Aufgerufen sind alle Bürger, Firmen, Kinder und Jugendliche, Schulklassen, Gruppen aus Kindertagesstätten oder Jugendfreizeiteinrichtungen, mit Projekten, Untersuchungen oder Vorschlägen darzulegen, wie sich die Menschen des Bezirkes im Sinne des Themas einbringen können. Bewerbungen sind bis 30. April an das BVV-Büro in der Fröbelstraße 17 einzureichen. Der Umweltpreis ist mit einer Gesamtsumme von 3.000 Euro dotiert.

■ Höhentrainingszentrum

Für das in Buch geplante Höhentrainingszentrum liegt eine Bauvoranfrage vor. Es soll auf dem Gelände des Wahlhauses entstehen.

Leistungssportler, aber auch Freizeit- und Behindertensportler sowie Reha-Patienten könnten dort unter simulierten Höhenbedingungen Ausdauer und Kondition trainieren. In den Räumen kann eine Atmosphäre erzeugt werden, wie sie in einer Höhe von 2.500 bis 4.000 Meter Höhe vorkommt. Dies geschieht nicht über die Erzeugung von Unterdruck, sondern mit einem Klimapatent zur Reduzierung des Sauerstoffgehalts der Luft.



■ Rathauskonzerte

Die Tradition der Pankower Rathauskonzerte wird mit einem neuen Konzept wieder aufleben. Auftakt war am 8. März. Die traditionelle Konzertreihe unter der Regie des bezirklichen Kulturamtes musste aus Kostengründen im Jahre 2001 eingestellt werden. Mit dem neuen Konzept und deutlichen Ermäßigungen auf die Kartenpreise will der Freundeskreis der Musikschule unter der Schirmherrschaft von Kulturstadträtin Almuth Nehring-Venus (PDS) insbesondere jüngerem Publikum Zugang zu anspruchsvoller Kultur ermöglichen.

Familienfreundlicher Betrieb

Am 11. März 2004 wurde im Rathaus Pankow erstmals der Preis „Familienfreundlicher Betrieb Pankow“ verliehen.

Auf Initiative des Frauenbeirates Pankow wurde dieser Preis vom Bezirksamt ausgelobt. Drei Unternehmen und ein Verein hatten sich am Wettbewerb beteiligt. Die Jury entschied sich für die Eulen-Apo-

theke in der Florastraße 4. Dort werden Arbeitszeiten den familiären Verhältnissen entsprechend und individuell im Team abgesprochen. „Es macht den Eindruck, dass in dieser kleinen Apotheke eine berufliche Großfamilie entstanden ist“, wie Antje Suslow vom Frauenbeirat Pankow in ihrer Laudatio hervorhob. „Wir wollen Pankower Unter-

nehmerinnen und Unternehmer, aber auch die Öffentlichkeit sensibilisieren für eine familienfreundliche Arbeitswelt.“ Damit beschrieb die Wirtschaftsstadträtin Almuth Nehring-Venus (PDS) das Vorhaben, den Wettbewerb zu einer Tradition in Pankow zu entwickeln.

Tina Pfaff
Bezirksverordnete

Was uns noch fehlt

Ski Heil

Es war ein wenig still geworden um den Tourismus in unserem lauschigen Großbezirk. Treue Gäste aus der ganzen Republik blieben weg, klagen Szenenknepfenbesitzer und Restaurantchefs.

Trotz Golfplatzidylle und Reiterhofgetrappel fehlt hier noch immer der ultimative Kick, bietet letztlich Pankow damit doch nur, was auch andere Orte nicht missen.

Höchste Zeit also, endlich einen Akzent zu setzen, der stillen Pankower Bergwelt angemessen. Bergwelt? Klar, da kann es abgehen. Das Projekt verschlägt auch manchem Eingeborenen den Atem:

Auf der Suche nach Flächen fiel der Blick eines ambitionierten Investors auf ein liebliches, aber verfallenes Stadtgut. Hinter Buchholz, neben der Bundesstraße 109 kurz vor der Autobahn will der Sportfreak zwei Ski-Türme bauen lassen.

Und der gute Mann lässt sich nicht lumpen: Die Zwillingstürme von Pankow sollen die bescheidenen Ausmaße von zwei Fußballfeldern haben und gut 200 Meter in die Lüfte schiessen. Vieleckige Monolithe, in denen Ski-Hasen unter Anleitung solariumgebräunter Skilehrer flott die Pulverschnee-Piste herunter wedeln und ihre Blicke schweifen lassen können über die unendlichen Weiten des Pankower

Nordens mit seinen Wiesen und Weiden, mit Kleingartenanlagen und vormaligen Rieselfeldern.

Beim Après-Ski wird sich bald ein Stamperl eingeholfen und „Ich bin der Anton aus Tirol“ geträllert. Rosi Mittermaier würde schwarz vor Neid.

Unsere Kommunalpolitiker im Stadtentwicklungsausschuss der ehrenwerten Bezirksverordnetenversammlung hielten diese ehrgeizigen Pläne für eine Sendung der versteckten Kamera. Aber da waren sie auf der ganz falschen Piste.

Jetzt ruft der Berg: Machen wir Toni Sailer zum Bürgermeister. Bewerben wir uns um die Ski WM 2009 und schmeißen das piefige Garmisch aus dem Rennen.

Und Heinz Megerlein kommentiert wieder die Übertragung: „Sie standen an den Hängen und Pis(s)ten.“ Ski Heil.

Luise Trenker



WANNWOWASWANNWOWASWANN

- | | | |
|--|--|---|
| 31. März
17.30 Uhr 22. Tagung der BVV, Bezirksamt, Fröbelstraße 17 | 17. April
11 Uhr Skatrunde, Kieztreff Pistoriusstraße 23 | 26. April
19.30 Uhr PDS-Bezirksvorstand, Laden im Dritten, Kopenhagener Straße 76 |
| 3. April
ab 10 Uhr Großdemonstration zum Europäischen Aktionstag der Gewerkschaften „Alle gemeinsam gegen Sozialkahlschlag – für Umverteilung von oben nach unten!“, Alexanderplatz | 19. April
19.30 Uhr Bezirksvorstand, Laden im Dritten, Kopenhagener Straße 76 | 28. April
19 Uhr Treff P100, Laden im Dritten, Kopenhagener Straße 76 |
| 4. April
10 Uhr 2. Tagung des 9. Landesparteitags der PDS Berlin zur Wissenschafts- und Hochschulpolitik, Werkstatt der Kulturen, Wissmannstraße 23 (Nähe U-Bhf. Hermannplatz) | 21. April
18.30 Uhr Wahlkreisaktiv des OV Vineta, Freizeitclub, Elsa-Brändström-Straße 6 | 1. Mai
ab 14 Uhr 15. Kiezfest an der Bötzw-Eiche, Bötzwstraße/Am Friedrichshain |
| 7. April
17.30 Uhr Treffen des Ortsverbandes Weißensee, Kieztreff Pistoriusstraße 23 | 22. April
18.30 Uhr AG Schule bei der BVV-Fraktion der PDS, Fraktionszimmer, Fröbelstraße 17 | 5. Mai
17.30 Uhr Treffen des Ortsverbandes Weißensee, Kieztreff Pistoriusstraße 23 |
| 16. April
9 Uhr Ehrung zum Thälmann-Geburtsstag, Denkmal, Greifswalder Straße | 24. April
10 Uhr 1. Tagung der 3. Hauptversammlung der PDS Berlin Drei, u.a. mit der Neuwahl des Bezirksvorstands und der Vertreter im Landesrat, Bezirksamt, BVV-Saal, Fröbelstraße 17 | 8. Mai
Kranzniederlegungen zum Tag der Befreiung an den Gedenkstätten der Roten Armee: Ehrenmal Schönholz, Ostseeplatz, Küstriner Straße |
| | | 12. Mai
17.30 Uhr 23. Tagung der BVV, Bezirksamt, Fröbelstraße 17 |

Impressum

Herausgeber: Bezirksvorstand der PDS Berlin Drei
Kopenhagener Straße 76 in 10437 Berlin
Fon 44 01 77 80 – Fax 44 01 77 81

www.pds-berlin-drei.de
eMail: redaktion@pds-berlin-drei.de

V.i.S.d.P.: Gernot Klemm

Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 18. März 2004
Druck: double express Auflage: 10.000

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Kürzungen und stilistische Überarbeitungen von Zuschriften sind vorbehalten. Auch unverlangt eingesandte Berichte, Meinungen, Fotos usw. werden sorgfältig behandelt.

Das Blatt wird durch Spenden finanziert.

Spenden können eingezahlt werden direkt in der Geschäftsstelle bzw. in einem der Kiezbüros oder auf folgendes Konto: 43 84 81 68 00 bei der Berliner Bank, BLZ 100 200 00, Verwendungszweck: 810-505.

Diese Spende ist steuerlich absetzbar. Damit wir entsprechende Bescheinigungen für das Finanzamt ausstellen können, benötigen wir Name und Anschrift des Spenders / der Spenderin.